



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 039 890

P/IX/284 - 15.12.1954

Hinweise auf den Inhalt:

Zur aussenpolitischen Debatte	S. 1
Italiens KP unter Druck gesetzt	S. 3
Neue Parteigründung in Niedersachsen	S. 5
Die Not der politischen Flüchtlinge	S. 7

Das Duell

sp. Das Duell zwischen Bundeskanzler und Oppositionsführer zu den Pariser Verträgen war in Wahrheit eine sehr ernsthafte Auseinandersetzung um die Möglichkeiten und Voraussetzungen für eine Politik der Wiedervereinigung Deutschlands. Sie hat die beiderseitigen Standpunkte genau umrissen.

Adenauers Regierungserklärung war zu ihrem grössten Teil ein historischer Rückblick und der Analyse der Pariser Verträge gewidmet. Erst am Schluss nahm der Bundeskanzler zum Problem der deutschen Wiedervereinigung Stellung. Das hierbei angewandte Pathos wirkte alles andere als überzeugend, weil es im offenen Widerspruch zu der vorher vom Kanzler vertretenen Politik stand, die Deutschland ohne Zweifel von der Möglichkeit einer Wiedervereinigung immer weiter entfernt hat und weiter entfernen wird.

Ollenhauers kürzere Rede ging schon in den ersten Sätzen auf das Kernproblem der Wiedervereinigung los und liess davon nicht mehr ab. Seine Feststellungen und Fragen an den Kanzler waren drängend und präzise. Der sozialdemokratische Standpunkt von der Unvereinbarkeit des Pariser Vertragswerkes mit einer Politik, die mit Aussicht auf Erfolg die deutsche Einheit anstrebt, ist bisher noch nie so deutlich herausgearbeitet worden.

Durch die ganzen Ausführungen des Bundeskanzlers zog sich die peinlich wirkende Identifizierung der Bundesrepublik mit dem Begriff

"Deutschland"! Das war bezeichnend.

Im Übrigen hätte man sogar den Überlegungen und Schlussfolgerungen Dr. Adenauers auf weite Strecken folgen können, wenn Deutschland - das ganze Deutschland - am Eisernen Vorhang aufhörte, wenn jenseits dieser Linie nicht noch 18 Millionen darauf warteten, wieder in die grosse Gemeinschaft aller Deutschen zurückkehren zu können. In diesem irrationalen Fall hätte die These, auch in Deutschland müsse man sich so verhalten, wie in jedem anderen Land der geplanten westeuropäischen Union manches für sich - aber nur dann.

Der Frage der Vereinigung beider Teile Deutschlands galten im Grunde nur zwei Versicherungen Adenauers: "Wir haben uns diese Frage auch immer wieder bei der Vorbereitung und beim Abschluss des neuen Vertragswerkes gestellt" und die andere: "Das Vertragswerk macht die Bundesrepublik erst fähig, die Spaltung Deutschlands zu beseitigen und die sich mit der Wiedervereinigung stellenden Aufgaben zu bewältigen". Aber auch in dieser Rede war keine Andeutung darüber zu finden, wie man konkret diese Behauptung glaubt erreichen zu können.

Nicht einmal der Versuch dazu wurde unternommen. Wenn der Bundeskanzler hinzufügte, er wiederhole die Auffassung der Bundesregierung, dass eine Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit nur im Zuge einer allgemeinen Entspannung des Ost-West-Konfliktes möglich sei, - wenn er gleichzeitig aber für eine Politik plüdierte, die in allen Stücken nur geeignet sein kann, und auch schon bisher dazu beigetragen hat, diese Entspannung zu erschweren oder gar zu verhindern, dann wurde darin der ganze Widersinn seiner aussenpolitischen Konzeption sichtbar.

Erich Ollenhauer hat diese Ungereimtheit im Einzelnen aufgezeigt. Besonderes Gewicht kommt dabei der bezeichnenden Tatsache zu, dass es unter den Pariser Dokumenten keine Vereinbarung über die gemeinsame Politik zur Verwirklichung des Zieles der deutschen Wiedervereinigung gibt. Wenn sich die Bundesregierung in diesem Zusammenhang immer wieder auf das Bekommen massgebender Männer des Westens zur Politik einer deutschen Wiedervereinigung beruft, dann ist das ein gänzlich unzureichender Trost. Nicht Beteuerungen entscheiden, sondern die Frage, ob die Politik, die man treibt, diesen Beteuerungen wirklich entspricht oder nicht. Dass offizielle Äusserungen von west-alliierten Seite sich unter den gegenwärtigen Umständen nicht für eine Beibehaltung der Spaltung Deutschlands erklären können, ist selbstverständlich - nur Mendés-France hat in seiner bekannten Unbekümmertheit vor der UNC gegen dieses Gebiet verstossen. Deshalb kommt Stimmen wie etwa der von Ollenhauer zitierten "Times" oder, in den USA, der Äusserung eines Mannes wie Walter Lippmann, sehr viel mehr Bedeutung zu, dass in den vier Hauptstädten der Grossmächte keinerlei konkrete Pläne für die deutsche Wiedervereinigung bestünden. Auch ein Blatt wie die "New York Times" erkennt die Alternative: deutsche Wiedervereinigung oder westdeutsche Wiederbewaffnung, ganz klar, wenn es dieser Tage schrieb: "Sollte Dr. Adenauer sein Bündnis mit dem Westen erreichen, aber auf Deutschland als eine wiedervereinigte Nation verzichten müssen, dann würde sich eine ganz neue politische Situation ergeben".

Auf besonders schwachen Füssen stand die Argumentation Adenauers

in der Saarfrage, zumal er seine großzügige Auslegung der getroffenen Vereinbarungen durch die am Tage seiner Rede bekanntgewordene amtliche französische Begründung des Abkommens in allen wesentlichen Punkten widerlegt sah. So war es ein besonders starkes Stück, die Billigung des Bundestages in einer Frage zu verlangen, die erst, nach seinen eigenen Worten, in gemeinsamen Besprechungen zwischen den vier Westmächten und der Bundesrepublik "bereinigt" werden soll. Ganz abgesehen davon, dass es sich dabei um nicht mehr oder weniger die Zustimmung handelt, dass das unstrittene deutsche Saargebiet de facto aus dem deutschen Staatsverband herausgelöst wird - eine ungemein aufschlussreiche Illustration dessen, was der Bundeskanzler unter der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands versteht.

Das Kernstück der Pariser Verträge sind ihre militärischen Bestimmungen, was die Bundesrepublik anlangt die Frage ihres Verteidigungsbeitrages "für den Fall, dass wir als freie Nation auch militärische Verpflichtungen zu übernehmen haben" (Ollenhauer). Zu dieser Frage hat der Oppositionsführer Ausführungen gemacht, die des lebhaftesten Interesses und sicher auch weitestgehenden Zustimmung der deutschen Bevölkerung und nicht nur der in der Bundesrepublik sicher sein können, besonders auch soweit es sich um die jüngeren Jahrgänge handelt, die unmittelbar betroffen sind.

Der Vergleich der Regierungserklärung Adenauers und der Stellungnahme des Oppositionsführers der für das künftige deutsche Schicksal entscheidenden Frage, wie weit die jetzt zur Beratung stehenden Verträge eine Wiedervereinigung Deutschlands erschweren, unmöglich machen oder, wie die Regierung behauptet, fördern, zeigt die ganze Grösse des Gegensatzes, der hier besteht. Was an zusätzlichen Feststellungen von beiden Seiten im Laufe der weiteren Diskussion vorgebracht wurde, hat diesen Gegensatz nur unterstrichen, von dem nichts zu sehen ist, wie er eines Tages überbrückt werden soll.

+ + +

Scalbas Offensive gegen den Geldsack der K.P.

P.E. Rom, Mitte Dezember.

Der italienische Ministerrat hat in diesen Tagen die seit längerem angekündigte Offensive gegen die Kommunistische Partei eröffnet. Sie gedenkt diese Offensive nicht durch irgendwelche Ausnahmegesetze zu führen, deren parlamentarische Genehmigung nur nach langen, erbitterten Kämpfen gegen die Opposition der Linksparteien zu erzielen wäre, sondern mit einer Reihe von administrativen Massregeln, deren Durchführung im Rahmen der bereits bestehenden Gesetzgebung möglich sein müsste.

Man muss bis in die Kriegs- und Nachkriegszeit zurückgehen, um zu verstehen, wieso sich in Italien eine Situation herausbilden konnte, die den Kommunisten eine Reihe wichtiger finanzieller Privilegien gesichert hat. Damals, in den Tagen des gemeinsamen Kampfes gegen Faschismus und deutsche Besetzung und später, als die aus Vertretern aller antifaschistischen Gruppen zusammengesetzten "Nationalen Befreiungskomitees" zeitweise die effektive Regierungsgewalt übernahmen, verstanden es die Kommunisten meisterhaft, sich in zahlreichen staatlichen und halbstaatlichen Organisationen, in Gewerkschaften, Genossenschaften und Gemeindeverwaltungen einzunisten. Dort sind sie vielfach bis zum heutigen Tag geblieben, obwohl die Tage der sogenannten "heiligen Union" aller Antifaschisten längst vorbei sind.

Damals beanspruchten zum Beispiel die kommunistischen Parteiorganisationen zahlreiche faschistische Gebäude und Anlagen für sich, obwohl das gesamte Parteivermögen der Faschisten zum Staatsbesitz erklärt worden war. Schon früh verstanden es die Kommunisten auch, eine grosse Zahl von getarnten Genossenschaften, Konsumvereinigungen und ähnlichen Körperschaften aufzuziehen, die sich bis heute aller der Begünstigungen steuerlicher und kreditpolitischer Art erfreuen, wie das Gesetz sie für wirklich gemeinnützige Anstalten vorsieht, die aber in Wirklichkeit nichts weiter darstellen als ein Netz kommunistischer Propaganda- und Geschäftszentralen.

Dazu kommt die Tatsache, dass seit langem der gesamte Handel zwischen Italien und den Ländern des Ostblocks ein Monopol der italienischen K.P. bildet. Einige als Handelsfirmen getarnte kommunistische Parteifillialen vermitteln sämtliche Lieferungen und Geschäfte mit den

Ländern von Bulgarien bis Rotchina und streichen von jedem Abschluss fette Provisionen ein, die der Parteikasse zugutekommen.

Die Beschlüsse des Kabinetts Scelba dienen allesamt dem Zweck, diese Einnahmequellen der K.P. so weit wie nur irgend möglich zu unterbinden. Jeder Minister wird in seinem Ressort dafür zu sorgen haben, dass mit der Vorzugstellung kommunistischer Organisationen im italienischen Wirtschaftsleben aufgeräumt wird.

Schon vor einiger Zeit sind die Behörden auch darangegangen, alle Baulichkeiten, die einst der faschistischen Partei gehörten und dann von kommunistischen Organisationen besetzt wurden, von neuem in Staatsbesitz zurückzuführen. An zahlreichen Orten haben die Kommunisten versucht, sich mit Gewalt dem Räumungsbefehl zu widersetzen, doch gelang es der Polizei in jedem Falle, dem Gesetz Achtung zu verschaffen.

Bei der Lektüre der Massnahmen, die die Regierung Scelba jetzt zur Eindämmung des kommunistischen Einflusses beschlossen hat, fragt sich der italienische Bürger freilich verwundert, warum man bis heute zugewartet hat, diese Dinge zu tun, die eigentlich für jede demokratische Regierung selbstverständlich sein müssten. Man fragt sich auch, wie es möglich gewesen ist, dass sich eine so weitgehende kommunistische Infiltrierung des öffentlichen Lebens überhaupt herausbilden konnte. Die Frage scheint umso berechtigter, als ja derselbe Mann, der heute an der Spitze der italienischen Regierung steht, bereits in all den vorausgegangenen Jahren Innenminister gewesen ist und somit die Verhältnisse im Lande stets genauestens gekannt haben muss.

Die Antwort auf diese Fragen dürfte wohl weitgehend in ausserpolitischen Erwägungen zu suchen sein. Bis zum Tode Stalins hätte ein wirklich energisches Durchgreifen gegen die K.P. Italiens wahrscheinlich zu einem Bürgerkrieg geführt, den die Regierung nicht riskieren wollte. Heute ist man in Rom der Meinung, dass der Kreml nicht geneigt sein dürfte, seine neue Politik der Friedensschalmeier durch irgendwelche Gewaltstreiche zu kompromittieren. Man rechnet also damit, dass Togliatti aus Moskau die Anweisung erhalten hat, es auf keinen Fall bis zum Äussersten kommen zu lassen, und im Vertrauen hierauf hat man sich offenbar zu einem energischeren Vorgehen gegen die italienische K.P. entschlossen.

sp. Seit einigen Tagen ist das politische Vokabular Niedersachsens um eine Abkürzung bereichert: DNP, auf Normaldeutsch - Deutsche Nationalpartei. Es ist keine spontane Gründung, denn die Presse erhielt den Gründungsakt auf sauber hektografierten Briefen mitgeteilt, denen ein gedrucktes Programm beilag, also Dinge, die einer längeren Vorbereitung und eines gewissen Büroapparats bedürfen. Zunächst besteht die DNP nur aus dem Kreisverband Hannover, aber schon gehen die Werber im Lande umher, es soll bald einen Landesverband geben. Da die DNP laut Programm "ein neues Deutsches Reich in Ehre und Freiheit" anstrebt, ist nicht zu zweifeln, dass die Werber auch das übrige Bundesgebiet heimsuchen werden. Wahrscheinlich wird das davon abhängen, wie die Neugründung die niedersächsischen Landtagswahlen im April 1955 übersteht.

Als Vorstandsmitglieder werden in dem Begleitschreiben sechs hannoversche Bürger genannt, an der Spitze Senator a.D. J. Rohde. Das ist ein alter Herr, einst eine kommunalpolitische Grösse der Demokratischen Partei in Hannover, 1952 der FDP beigetreten, Ende 1953 wieder ausgetreten. Auch die anderen fünf DNP-Vorstandsmitglieder gehörten einst der FDP an. Sie waren vor etwa Jahresfrist erzürnt ausgetreten, weil sie einen (nicht zur Durchführung gelangten) Plan des Landesvorstands nicht billigten, die abgesplitterten "Altliberalen" wieder in die FDP zurückzubringen.

Die DNP steht demnach rechts von der niedersächsischen FDP - und das will schon was heissen. Wie weit sie sich dabei in ein schon einmal verbotenes Fahrwasser begibt, lässt das Parteiprogramm ahnen, dessen Kopf wie eine Tarmütze den Satz trägt: "Die DNP... lehnt alle reaktionären und totalitären Bestrebungen ab." Was danach kommt, klingt schon etwas bekannter, wenn man vom seinerzeitigen SRP-Programm zumindest noch den Zungenschlag im Ohr hat: "Gemeinschaft des deutschen Volkes", "Deutsches Reich", Appell an die "Kriegsgeneration", zentralistischer Bundesaufbau und nicht zuletzt: "Alle bisher Geschädigten, die eigenes Verschulden im Sinne bestehender Gesetze zum Zeitpunkt der fraglichen Vergehen nicht trifft, sind von Staats wegen angemessen zu entschädigen!" Am deutlichsten ist die DNP an dem Punkt zu erkennen, der vorsorglich nicht im Programm steht: an der Wehrpolitik. Weder die aussen- noch die innenpolitischen Ziele enthalten darüber auch nur eine Andeutung. Es sei denn, dass man sich mit dem

wiederholt strapazierten Begriff "Ehre" eine Hintertür offen gelassen hat.

Noch näher zum eigentlichen DNP-Hintergrund kommt man beim Programmpunkt "Sozialpolitik". Da steht die Forderung nach Eigentum für Arbeiter, Angestellten und sozial Schwache, ausserdem: Eigentum verdiene besonderen Schutz. Über die Idee des Arbeitereigentums hat der gestürzte FDP-Stratege Artur Stegner ein ganzes Buch geschrieben und wie von ungefähr findet sich darin auch der Satz, dass Privateigentum verfassungsgemäss zu schützen sei. Dass Stegner hinter der DNP steht wurde in Hannover seit der DNP-Gründung gemunkelt. Noch wird das dementiert. Nicht dementiert wird, dass ein enger Mitarbeiter Stegners, der ehemalige HD-Oberbannführer Freiburger, derzeit der agilste Mann in der DNP ist. Freiburger hat seinerzeit den Fonds der "Gesellschaft zur Förderung der niedersächsischen Wirtschaft" verwaltet, einer Gründung Stegners, über die zu Wahlzeiten die Industrie die FDP subventionierte. Die etwas ungenaue Verwaltung dieser Gelder hat erst vor wenigen Tagen einen ausserordentlichen Landesparteitag der FDP beschäftigt.

Als es Stegner vorzog, die FDP zu verlassen, ging Freiburger mit. Er soll nun seine Erfahrungen über Parteisubventionierungen der DNP zur Verfügung gestellt haben, und zwar sollen eine industrielle und eine landwirtschaftliche Arbeitnehmergeinschaft mit namhaften Beträgen zum Handkuss gekommen sein; letztere mit dem Versprechen, dass man eine gelbe Landarbeiter-Gewerkschaft gründen werde. Beide Vereinigungen haben aber inzwischen, nachdem einiges durchgesickert war, ihre segnenden Hände von der DNP gezogen.

So wie sie sich heute präsentiert, kann somit die DNP nicht anders als eine Spekulation auf die "schwimmenden" 360 000 SRP-Wähler von 1951 abgesehen werden. Wie weit man dabei hofft, sich auf organisatorische Überbleibsel der SRP zu stützen, werden die technischen Dinge der weiteren Entwicklung zeigen. Bis zur Landtagswahl sind nurmehr vier Monate Zeit; eine Partei, die völlig neu beginnt, wäre nicht imstande, bis dahin eine wohlgeordnete Organisation aufzubauen. Frappierend ist angesichts solcher Schwierigkeiten die Sicherheit, mit der man in DNP-Kreisen glaubt, die laut Wahlgesetz erforderlichen 100 Unterschriften und einen Kandidaten für jeden der 95 Wahlkreise aufzubringen.

Hilfe für die Angehörigen politischer Häftlinge

K.J. In der Bundesrepublik macht man sich kaum eine Vorstellung von der materiellen und seelischen Not, in der sich die Angehörigen der politischen Häftlinge in der Sowjetzone befinden. Wie sieht es bei vielen dieser Familien aus? Da sind Frauen mit fünf und sechs Kindern, die in Dachkammern und Kellerlöchern hausen, denn ihre Männer, die "Spione, Saboteure und Agenten", sind nicht nur zu 15, 20 oder 25 Jahren Zuchthaus verurteilt worden - man hat auch ihr Vermögen beschlagnahmt.

Unter Vermögen versteht man in der Sowjetzone eine Wohnung ebenso wie ihre Einrichtung, Kleidung und Gegenstände des täglichen Bedarfs. Also wird die Familie exmittiert und ihr nur eben soviel, wie sie unbedingt zum Leben braucht, gelassen. Einen Anspruch auf amtliche Unterstützung haben die Frauen selbstverständlich nicht. Auf die Hilfe von Bekannten und Verwandten angewiesen, kämpfen sie sich mühselig durch ihr schweres Leben, erniedrigt, beleidigt und beargwöhnt von den linientreuen Parteigängern des Regimes. Vielen bleibt als letzter Ausweg aus der täglichen Bedrängnis nur die Flucht in die Bundesrepublik. Doch dieser Entschluss fällt nicht leicht, denn Flucht bedeutet: keine Möglichkeit mehr, den Mann im Zuchthaus zu besuchen und erschwerten Briefverkehr. Ausserdem verringert sie die Chance einer vorzeitigen Entlassung des Verurteilten durch eine Amnestie.

Organisationen und Privatpersonen in der Bundesrepublik haben bisher versucht, die Not der in der Zone zurückgebliebenen Angehörigen von politischen Häftlingen mit Lebensmittelpaketen und gelegentlichen Geldspenden zu lindern. So dankbar diese Hilfe auch immer begrüßt wird, und so sehr sie den bedrängten Familien die Gewissheit gibt, nicht vergessen zu sein, bleibt sie doch nur ein Tropfen auf den heißen Stein ihrer Existenzsorgen. Überdies kamen bisher längst nicht alle in den Genuss dieser Spenden und - von vielen anderen Schwierigkeiten abgesehen - das oft allein aus dem Grunde, weil man von ihrem Schicksal hier noch gar nichts weiss.

In die Bundesrepublik geflüchtete Angehörige politischer Häftlinge werden nach den gleichen Sätzen unterstützt, die für Angehörige noch nicht heimgekehrter Kriegsgefangener gelten. Sollte es nicht möglich sein, diese vernünftige und gerechte Regelung auch auf die in der Zone Gebliebenen auszudehnen? Seit Jahren warten sie drüben auf einen entsprechenden Beschluss der Bundesbehörden, doch es an Vorschlägen für geeignete Hilfsmassnahmen nicht fehlt.

Man muss daran erinnern: es ist eine Ehrenpflicht, den Opfern des Kalten Krieges zu helfen. In offiziellen Reden und Entschliessungen ist es oft genug gesagt worden. Bleiben die Taten aus, wird der Widerstandswille der Menschen in der Sowjetzone nachlassen und der gesamtdeutschen Sache schwerer Schaden zugefügt.

Verantwortlich: Peter Raunau